

© Annett Seidler – stock.adobe.com

Knappe **Formulierungen** mit krassen Auswirkungen

Kommentar. Was bedeutet die Kabinettsvorlage für ein Beitragssatzstabilisierungsgesetz von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken? Auf jeden Fall nichts Gutes.

Autor: Dr. Christian Öttl

Die für Zahnmediziner relevanten Regelungen sind:

- der 1-prozentige Abschlag bei der Grundlohnsummensteigerungsbegrenzung der Punktwerte mit Volumenbegrenzung wegen einnahmenorientierter Ausgabenpolitik
- der Fachzahnarztvorbehalt für kieferorthopädische Behandlungen
- Pauschalen für die Honorierung der KFO-Behandlung
- die Abschaffung der KIG-Klasse 3
- die Rückführung der Festzuschussboni auf den Stand vor der Erhöhung durch Gesundheitsminister Jens Spahn 2021

Aktivitäten gegen die Bürger

Das ist ein gewaltiger Blumenstrauß an Maßnahmen, die primär erscheinen, als würden sie gegen die Zahnärzte als Leistungsträger gerichtet sein. Aber eigentlich sind es alles Aktivitäten gegen die Bürger.

Es ist kaum zu erwarten, dass die Vermieter der Praxen die Mieten reduzieren oder ihr Energieversorger wegen Nina Warken die Preise senkt. Auch wird die Versorgung kein bisschen besser, wenn die Anzahl der kieferorthopädisch Behandelnden geringer wird, nein, Kindern wird notwendige, zwingend notwendige Behandlung vorenthalten. Die Pauschalen werden ihr Übriges dazu beitragen, dass eher kurzfristig wirksame und nicht aufwendige Behandlungen übernommen werden.

Genauso wird die als nicht mehr notwendig eingestufte Behandlung einfach nicht mehr gemacht.

Übernimmt der Staat Verantwortung?

Auch die neue Festzuschussregel wird zu einer starken Inanspruchnahme in diesem Jahr kommen und in Zukunft zahnloses Warten auf das sozialverträgliche Frühableben bedeuten.

Es gibt in Europa einige Staaten, die ein Vorbild sind für die Ergebnisse, die uns erwarten. Musterbeispiel ist England mit einem bankrotten Gesundheitswesen und dem Schrotthaufen, den man aus dem tiefen Tal nicht mehr herausbekommt, auch wenn man noch so oft die Regierung austauscht.

Wollen wir erst an diesen Punkt kommen oder übernimmt der Staat Verantwortung und bezahlt primär erst einmal die versicherungsfremden Leistungen komplett selbst. Kein Bürger sieht ein, selbst sparen zu müssen, wenn der Staat nicht seine Aufgaben erfüllt, erfüllen mag oder erfüllen kann, weil er sich vollkommen verrannt hat in einem missverstandenen „Wir schaffen das“-Rausch. ■



© privat

Dr. Christian Öttl
Bundesvorsitzender des FVDZ

Wichtiger Austausch zum neuen Gesetz

Beim Frühjahrsfest der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) stand natürlich auch das geplante GKV-Spargesetz im Mittelpunkt. Ob in den Reden von KZBV-Vorstandsvorsitzenden Martin Hendges, der BZÄK-Präsidentin Dr. Romy Ermler oder dem parlamentarischen Staatssekretär des BMG, Tino Sorge (CDU): Besonders im Fokus standen die geplanten Einschränkungen für kieferorthopädisch tätige Zahnärzte. Für den Freien Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ), der neben dem Bundesvorsitzenden Dr. Christian Öttl mit vielen auch in den KZVen Aktiven vertreten war, war Sorges Satz „Da ist im Gesetz noch nicht aller Tage Abend" ein klares Signal, den Austausch mit Parlamentariern und Standespolitikern noch einmal zu intensivieren. Besonderes Highlight des Abends: Auch die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Simone Borchardt, versprach im Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden, dass das Gesetz noch einmal nachgeschärft werde. *sas*



© axentis.de/Lopata


© Sawyer0 – stock.adobe.com

Prävention: Wichtige Rolle im Folgebericht der Finanzkommission

Prävention soll im zweiten Bericht der Finanzkommission Gesundheit eine wichtige Rolle spielen, sagte das Kommissionsmitglied Dr. Michael Laxy, der die Professur für Public Health und Prävention an der Technischen Universität München (TUM) innehat, bei einer Veranstaltung der Deutschen Krebsgesellschaft Ende April. Das meldet das Deutsche Ärzteblatt (DÄ). Eine reine Verhaltensprävention sei zu ergänzen durch eine Verhältnisprävention und damit durch Rahmenbedingungen und Strukturen, die gesunde Lebens- und Umweltbedingungen für die Bevölkerung schafften, ergänzte bei der Veranstaltung Dr. Benjamin Ewert, der die Professur „Politik und Gesundheitsberufe" an der Hochschule Fulda innehat. Er kritisierte, in Deutschland werde regelmäßig über Prävention gesprochen, aber selten gehandelt und machte dafür drei Faktoren aus: hoher Nutzen bei allein langfristigen Erfolgen, Fragmentierung des Gesundheitssystems (Ressorts, Selbstverwaltung, Bund, Länder) sowie wirtschaftliche Interessen von Lobbyverbänden. Es brauche indes mehr Mut zu evidenzbasierten Regulierungen, dann könne Prävention eine große Entlastung für das System darstellen. *pad*

On demand: Online-Fortbildung Zahnmedizin

Mit renommierten Referentinnen und Referenten hat der Freie Verband Deutscher Zahnärzte neun exklusive und spannende Vorträge aus verschiedenen Bereichen der Zahnmedizin zusammengestellt. Die Vorträge können als Gesamtpaket gebucht werden. Dafür erhalten Sie neun Fortbildungspunkte. Die Web-Aufzeichnungen stehen noch bis 30. Juni 2026 on demand auf der Lernplattform FVDZ-Campus zur Verfügung. Dort gibt es auch die detaillierten Vortragstitel, Kurzbeschreibungen und die Gebühren für das Vortragspaket. *red*


© Boyarkina Marina – stock.adobe.com